



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

F., K.: Das Sächsische Ministerium und der jüngste Landtag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

rung, den Eibergänsen, den Möven und Tauchern, der Seeschwalbe und andern. An den hohen Klippen nistend, kreisen diese Vögel unruhig und schreiend Tag und Nacht in der Luft, oder tummeln sich auf dem stillen Wasser umher. Auch sie haben ihre Jungen zu vertheidigen gegen die genannten Raubvögel, deren Zahl noch durch die große Möve und namentlich den schwarzen Raben vermehrt wird. Aber so angenehm das Fleisch und die Eier, die Felle und Federn dieser Vierfüßler und Vögel dem europäischen Eindringling sind, ihr Nutzen für die Einwohner ist verschwindend gegenüber dem, den das Walroß und der Seehund gewährt. Es sind dieses die wichtigsten Thiere aller Eisküsten; auf dem Dasein und der Ausnutzung derselben basirt eigentlich das ganze Leben der dortigen Eskimos. Doch auch sie haben keinen ungestörten Genuß ihrer Jagd: das mächtigste Raubthier, der Eisbär, erhebt dieselben Ansprüche an Seehunde, Walrosse und Rennthiere und zwischen der Kraft und Schlaueit des Thieres und der Intelligenz des ärmsten Menschen entsteht der wunderbarste Wettstreit und Krieg.

Das Sächsische Ministerium und der jüngste Landtag.

Dresden, Anfang April.

Sie wünschen wieder einmal für Ihre „Grünen“ von mir etwas über sächsische Zustände zu haben. Es ist wahr, ich habe lange nichts von mir hören lassen. Meine letzten Betrachtungen über sächsische Zustände, denen Sie so freundlich waren die Spalten Ihres Blattes zu öffnen, müssen, erinnere ich mich recht, noch von vor dem Landtag, wo nicht gar von vor den Wahlen datiren. Seitdem ist Vieles geschehen, obschon eigentlich nicht Viel. Im Ganzen genommen ist, was die politischen Zustände Sachsens anbelangt, Alles so ziemlich beim Alten.

Zwar ist ein Thronwechsel inzwischen eingetreten. Sachsen hat einen König verloren, der durch viele treffliche Züge des Menschen und des Monarchen verehrungswürdig war, der im Hause und auf dem Throne Schweres erlitten und in das Eine wie in das Andre mit christlicher Geduld und fürstlicher Würde sich gefügt hatte, und es hat einen König erhalten, durch glänzende Thaten hervorragend, den echten Enkel des Ahnherrn der albertinischen Linie, dessen Namen er trägt, jenes berühmten „Marschalls und gewaltigen Bannerträgers“ des Reichs unter Friedrich III., einen Fürsten in voller Manneskraft, von frisch entschlossenem vertrauenerweckendem Wesen, vielleicht weniger gelehrt als sein Vater, aber

Grenzboten II. 1874.

9

von scharfem Geist und praktischem Verstande. Aber wird dieser Thronwechsel auch einen Systemwechsel bedeuten? Wer mag dies sagen? Ein jäher Bruch mit den Traditionen einer früheren Regierung liegt nicht in der Art des sächsischen Fürstenthammes. Zu raschen und überraschenden Wendungen in der Politik ist der neue Monarch zu männlich reif; zu ostentativem Haschen nach Neuem zu nüchtern verständig. Tapire ich ihn recht, so wird er, wie ein guter Feldherr, erst sein Terrain, die öffentliche Meinung des Landes, sorgsam studiren, seine Leute erproben, dann seine Dispositionen in Ruhe treffen, einen festen Plan entwerfen und diesen dann mit sicherem Blick ausführen, vor der Hand aber noch ein Weilchen die Dinge und die Menschen gehen lassen, wie sie gehen. Aus dem, was er während der kurzen Zeit seines Regimentes gethan oder nicht gethan, vollends was er nach einer oder andern Seite hin gesprochen hat, übereilte Schlüsse auf seine innersten Gedanken oder auf den künftigen Gang seiner Regierung zu ziehen, scheint mir, zumal bei des Königs offener Art sich zu geben, voreilig. Am voreiligsten sicherlich sind jene mißgünstigen Gerüchte in Bezug auf seine Stellung zum Reich, die bald nach seiner Thronbesteigung, man wußte nicht recht woher, noch weniger warum, auftauchten, dann verstummten, dann wieder auftauchten. Es ist wahr, in gewissen officiösen Blättern, mehr noch in solchen, die ihre Eingebungen vielfach aus Beamten- und Hofkreisen empfangen und immer genaues zu wissen vorgeben, wie der Wind von oben weht, haben neuerdings die Mörgeleien gegen das Reich und gegen die unterschiedenen Freunde des Reichs in auffallender Weise wieder begonnen, nachdem sie eine Zeitlang so ziemlich verstummt waren; selbst das unter den Augen der Regierung erscheinende Dresdener Journal trieb bei Gelegenheit der Reise des österreichischen Kaisers nach Petersburg einmal ein sonderbares Spiel, als wollte es Unkraut unter den Weizen säen und Deutschland mit seinen beiden großen östlichen Nachbarn verfeinden. Aber ich glaube nicht, daß man daraus etwas anderes folgern darf, als was man längst schon wußte: daß die officiöse Presse Sachsens sich in einem Zustande der Anarchie befindet, der wohl ohne Beispiel ist, und daß neben dem Ministerium es Einflüsse giebt, denen zu gebieten dieses entweder nicht die Macht oder nicht den ernststen Willen hat, obschon sie theilweise den eigenen Ressorts der Minister entstammen. Dies und manches Andere gehört nun einmal — nicht sowohl zu dem System als zu der Systemlosigkeit der Politik des dermaligen sächsischen Ministeriums.

Letzteres hat seinen diesmaligen Winterfeldzug nicht gerade glänzend bestanden. Und doch lagen die Verhältnisse scheinbar dem Ministerium so günstig wie nur je. Die Intrigue mit dem Divide et impera, welche die Leipziger Zeitung vor den Neuwahlen in Scene gehen ließ, hatte glücklich

verfangen; Dank der Eifersucht dieses, den geheimen particularistischen Neigungen jenes Führers der Fortschrittspartei hatte letztere wirklich auf den ihr vorgehaltenen Rödter angegriffen und sich von den National-Liberalen, mit denen sie zwei Jahre lang untrennbar und fast ununterscheidbar Hand in Hand gegangen war, in ziemlich schroffer Weise getrennt. Schon die Wahlen hatten unter dieser Spaltung der liberalen Partei gelitten und waren etwas mehr nach rechts ausgefallen, als sonst wohl der Fall gewesen wäre. Die Liberalen behielten eine schwache Mehrheit in der II. Kammer, aber sie gewannen kein oder nur wenig neues Terrain. Und auch dieser kleine Vortheil ging wieder so ziemlich verloren, als in der Kammer der Fortschritt abermals eine Sonderstellung einnahm, die er den ganzen Landtag hindurch, mit entschiedener, fast beleidigender Abweisung aller entgegenkommenden Annäherungsversuche von der andern Seite, hartnäckig festhielt. So weit ging diese Sonderpolitik der Fortschrittspartei, daß, während die Liberalen, um nur nicht der Rechten das Feld zu lassen, mit größter Selbstlosigkeit bei der Präsidentenwahl zwei Mitglieder vom Fortschritt in erste Linie stellten, von eignen Candidaten aber gänzlich absahen, bei den Wahlen in die Deputationen der Fortschritt mit den Conservativen gegen sie Front machte, auf diese Weise die Deputationen besonders die diesmal wichtigste von allen, die Finanzdeputation überwiegend mit Leuten von sich und von der Rechten besetzte, die Liberalen aber, und speziell die National-Liberalen, gänzlich in den Hintergrund drängte!

Namentlich die einseitige Besetzung der Finanzdeputation war für die liberale Sache ein schwerer Nachtheil, für die Regierung eine große und unerwartete Begünstigung. Denn in der Finanzdeputation lag der Hauptschwerpunkt des ganzen Landtags von 1873/74. Konnte man den vorhergehenden Landtag wegen seiner rührigen Gesetzgebungsarbeit den „Reform-Landtag“ nennen, so hatte die öffentliche Stimme nicht Unrecht, wenn sie diesen neuesten, den „Bewilligungs-Landtag“ taufte. Gesetzesvorlagen brachte derselbe überhaupt wenige, noch weniger solche von tiefergreifender Bedeutung. Dagegen war nichts zu sagen. Der vorige Landtag hatte so viel und so vielseitig reformirt, daß mit der Ein- und Durchführung der betreffenden Gesetze, dem Sichhineinleben und Sichdarangewöhnen, Regierung, Behörde und Bevölkerung auf lange hin genug zu thun haben. Wohl aus eben dieser Rücksicht, vielleicht auch, weil sie wegen der unsichern Stellung der Fortschrittspartei auf keine zuverlässige Mehrheit rechnen mochten, enthielten sich die Liberalen diesmal beinahe aller Initiativanträge. So war und blieb die weitaus — quantitativ und qualitativ — wichtigste Arbeit des Landtags die finanzielle. Denn auch das einzige Gesetz von großer reformatorischer Tragweite, womit der Landtag befaßt wurde, war finanzieller Natur, das Gesetz wegen einer Umgestaltung des ganzen dermaligen Besteuerungswesens in Sachsen. Die

Hauptsache war das Budget — ein Budget, das in seinem ordentlichen, wie in seinem außerordentlichen Theil zu einer bisher ungewohnten Höhe herangeschwollen sich zeigte, dort namentlich durch die abermalige, diesmal sehr bedeutende Steigerung sämtlicher Beamtengehälter.

Ueber die Resultate der zur Zeit nicht abgeschlossenen, vielmehr in die Nachtragsitzung des Landtags (nach dem Reichstag) hinüberreichende Budgetsberathungen, ist ein Urtheil schon aus diesem letzten Grunde noch nicht wohl möglich. Nur so viel kann und muß schon jetzt gesagt werden, daß niemals mehr als hier das Unpraktische, ja Gefährliche der in Sachsen noch immer mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache werth wäre, festgehaltenen Praxis sich herausgestellt hat, der Praxis, das ganze Budget mit Stumpf und Stiel, ohne eine vorausgehende, selbst nur allgemeine Debatte im Plenum, sofort in eine Deputation zur Vorberathung zu verweisen und erst auf Grund dieser Vorberathung zur Beschlußfassung in die Kammer selbst zu bringen. Damit fällt natürlich das ganze Schwergewicht, nicht allein die Berathung, sondern auch der Beschlußfassung, in die Deputation. Das geflügelte Wort, welches Herr v. Beust, als er noch in Sachsen allmächtiger Minister war, einstmal sprach: „Gegen die Finanzdeputation der II. Kammer kämpfen Götter selbst vergebens“ hat noch heute seine verhängnißvolle Wahrheit.

Doppelt verhängnißvoll, wenn, wie diesmal, sogleich bei der Wahl der Deputation ängstlich darauf Bedacht genommen wird, daß man in dem schon seit lange her gewohnten vertrauten Kreise von Elementen möglichst „unter sich“ bliebe, unbequeme Zudringlinge aber, besonders solche, die über ein gewisses Niveau traditioneller sächsischer Finanz- und Verwaltungsweisheit hinausstreben, consequent sich vom Leibe halte. Gegen Bewerber der letzteren Art wurde diesmal von Fortschrittspartei und Conservativen ein förmlicher Ostracismus geübt. Weder der, seiner Ansicht nach entschieden fortschrittliche, aber dem Separatismus der Fortschrittspartei abholden Abg. Ludwig, noch der allerdings streng nationale Krause fanden Gnade vor den Augen jener Coalition; lieber schob man ein paar völlige Neulinge in diesem Fache in die Deputation ein, übersättigte letztere mit häuerlichen Elementen, wie sie in der Fortschrittspartei und bei den Conservativen überwiegen, stellte dagegen die größern Industriellen, weil sie sich mehr auf nationalliberaler Seite befinden, möglichst zurück. Da nun überdies zwei der bedeutendsten und erfahrensten von den bisherigen Mitgliedern der Finanzdeputation, Jordan und Fahnauer, freiwillig ihre Wiederwahl deprecirten, so kam es dahin, daß über den wichtigsten Theil des Budgets theils homines novi, theils solche zu berichten hatten, deren Berufs- und Lebensstellung, also auch ihr Bildungs- und Gesichtskreis zu den Gegenständen, die sie sachkundig begutachten sollten, in einem nahezu komischen Mißverhältniß stand.

Von hohen und weiten Gesichtspunkten, unter denen die Deputation das Budget nach verschiedenen Seiten hin behandelt, von durchgreifenden Verwaltungsgrundsätzen, die sie als Maßstab der Controle, der Beantragung von finanziellen Erleichterungen, oder administrativen Verbesserungen angelegt hätte, war unter diesen Umständen natürlich nicht die Rede. Der Regierung ward es leicht, ihre Forderungen durchzusetzen, Ausstellungen gegen einzelne Punkte der Verwaltung zu pariren. Das unter dem Beust'schen Regime so beliebte und gewissermaßen herkömmlich gewordene System der persönlichen Verständigung mit den Ministern „hinter den Coulissen“ fand diesmal wieder eine besonders eifrige Handhabung von Landtag zu Landtag in dem langjährigen Vorstande der Finanzdeputation, Herrn Dehmichen, einem Abgeordneten, der in 25jähriger parlamentarischer Thätigkeit die merkwürdigste Spirale durchlaufen hat: von entschieden fortschrittlicher und zugleich nationaler Gesinnung zu einem etwas abgedämpften Liberalismus, allmählig zum Conservatismus und Particularismus, zuletzt zum vollständigsten Beustianismus, dann wieder rückwärts zum Fortschritt, dem aber von jenen Zwischenstadien allerhand bedenkliche Spuren wie ein *naturam furca expellas anhascent*.

So günstig lagen die Verhältnisse für das Ministerium! Die Liberalen in sich gespalten, ein Theil davon, die Fortschrittspartei, von Haus aus wenig geneigt zu einer entschiedenen Opposition, schon aus Rancune gegen die Nationalen, auf deren Kosten sie sich in der Presse von den Offiziösen loben, in der Kammer von der Regierung und Conservativen suchen ließ; eine allzeit getreue Rechte, die mit dem in der Regel ihr gutwillig folgenden Centrum zusammen über eine der Mehrheit wenigstens nahekommende Stimmenzahl in der Kammer gebot; Deputationen, die, besonders die wichtigeren, überwiegend regierungsfreundlich oder doch lenkbar zusammengesetzt waren: was konnte das Ministerium sich Besseres wünschen?

Und dennoch hat dasselbe Niederlage auf Niederlage erlitten, darunter mehrere so eclatante, daß die ganze Abnormität des zur Zeit hier noch herrschenden Quasiconstitutionalismus dazu gehört, wenn Minister, so geschlagen, nicht bloß ruhig, als wäre nichts geschehen, auf ihren Posten bleiben, sondern wohl gar in der nächsten Sitzung wieder mit dem ganzen Gefühl ministerieller Unfehlbarkeit, *tamquam re bene gesta*, der Kammer gegenübertreten.

Der erste Fall dieser Art war die Berathung und Beschlußfassung über den famosen § 92 der Verfassung, jenes bekannte „Unicum“, mit dessen Hülfe das Schulgesetz von v. Gerber's und Erdmannsdorff's Gnaden gegen eine Majorität der Volkskammer publicirt worden war. Hier war es allerdings die Fortschrittspartei, welche den ersten Angriff machte, indem sie auf Beseitigung dieses Paragraphen und des gleichartigen § 103 (in Bezug auf Finanzgesetze) gegenüber der Volkskammer antrug. Der Antrag ward

kräftig unterstützt von den Liberalen und besonders eingehend begründet durch ein reiches geschichtliches und staatsrechtliches Material von dem Referenten der III. Deputation, dem Abg. Dr. Wiedermann. Das Ministerium war unklug genug, gar keine Concession zu machen, obschon der Ministerpräsident selbst, Freiherr v. Friesen, beim vorigen Landtage offen eingestanden hatte: wenn es sich jetzt um Aufstellung einer Verfassung handelte, würde man diesen Paragraphen nicht aufnehmen. Herr v. Mostiz, der Minister des Innern, warf den nicht sehr staatsmännischen Ausruf hin: da man den Paragraphen einmal habe und da er sich praktisch erwiesen habe, so wolle man ihn nicht aufgeben. Diejenigen beiden Minister aber, welche durch ihre brüske Anwendung der §§ 92 und 103 gegen die Volkskammer (die ersten Beispiele dieser Art, wie der Bericht der Deputation nachwies) den ganzen Sturm heraufbeschworen hatten, Herr v. Gerber und Dr. Abeken waren bei dieser Debatte gar nicht anwesend, entzogen sich vielmehr einfach durch Wegbleiben den gerechten Anklagen, die gegen sie geschleudert wurden, anstatt wie die parlamentarische Sitte gefordert hätte, für das was sie gethan, einzutreten.

So schlecht bestellt war von Haus aus die Sache des Ministeriums in dieser Frage, und so schwach ward sie vom Regierungstische aus vertheidigt, daß in den Reihen der conservativen und ministeriellen Partei selbst ein Abfall erfolgte, wie in einer so wichtigen prinzipiellen Frage wohl kaum jemals dagewesen. Einer der namhaftesten Führer dieser Seite, Abg. Haberkorn übertrumpfte Liberale und Fortschrittsleute, indem er den Antrag stellte, nicht nur jene Paragraphen gänzlich aufzuheben, sondern auch, um gegen die I. Kammer eine andere Waffe an deren Statt zu haben, das Princip des Pairschubs (das der sächsischen Verfassung fehlt) einzuführen. Und dieser so viel weiter gehende Antrag ward von der Kammer gegen eine Minorität von noch nicht einem Duzend Stimmen zum Beschluß erhoben, auch, als die I. Kammer, wie natürlich, ihn verwarf, bei der anderweiten Verathung mit etwa ebenso großer Mehrheit festgehalten!

So heispiellos diese Fahnenflucht der ministeriellen Partei war, so ward sie doch noch überboten bei einer anderen Gelegenheit bei dem sog. Ludwigischen Antrage wegen Publikation des Unfehlbarkeitsdogmas. Hier fielen nicht nur Conservative und Centrum massenweise vom Ministerium ab, sondern einzelne Redner von dieser Seite kämpften gegen das Ministerium mit so scharfen Waffen, wie kaum ein Redner von der Linken. Gleichwohl blieb Herr v. Gerber starr bei seinem Non possumus und ließ sich ruhig von der Kammer mit allen Stimmen gegen drei amtshauptmannschaftliche abvotiren! Warum auch nicht? In Sachsen lächelt man darüber, daß in Baiern, in Württemberg, in Hessen (von Baden gar nicht zu reden), die Minister entweder den Kammermajoritäten sich anbequemen oder — zurücktreten, daß selbst

in Preußen allmählig ein Minister nach dem andern, der die Mehrheit der Volksvertretung gegen sich hatte, weichen mußte. Hier dagegen steht das Ministerium auf einem höheren Standpunkte „über den Parteien“, doch so gern es sich brüstet, wenn es ihm mit Hilfe seiner Beamten und seines sonstigen natürlichen Anhangs gelingt, in der Kammer über die Opposition obzusegen, so wenig fällt es ihm ein, im gegentheiligen Falle die logische Konsequenz des dort von ihm geltend gemachten Majoritätsprinzips zu ziehen.

Das sind nun zwei der eclatantesten Fälle, wo sich zeigte, daß das Ministerium gar keine sichere Partei in der II. Kammer hat.

Noch bei vielen andern Gelegenheiten unterlag es entweder — trotz der Bundesgenossenschaft eines großen Theils der Fortschrittspartei — unter der Wucht der Gründe, welche die Liberalen ins Feld führten, und der überzeugenden Beredsamkeit, womit sie dies thaten (so bei dem sogen. Jordanschen Antrag in Bezug auf die Behandlung des Budgets), oder es siegte, was ebenso beschämend für dasselbe war, nur dadurch, daß gerade Diejenigen, welche von seinen officiösen Organen am meisten verlästert worden waren, um der Sache willen einer Opposition entsagten, die dem Ministerium sehr gefährlich hätte werden können, oder für Vorschläge desselben, die sie als zweckmäßig erkannten, selbstlos nachdrücklich eintraten, wie bei der Bewilligung für die Bezirksschulaufsicht. Wieder ein anderes Mal, ebenfalls in einer wichtigen Angelegenheit, bei dem Budget der neuen Verwaltungsorganisation, kam es vor, daß aus der Mitte der eigenen ministeriellen Partei sich eine Opposition erhob, die, den Liberalen die Hand reichend, die Regierung bei der Abstimmung in eine Minorität versetzte. Oder das Ministerium selbst gab seine mühsamsten Elaborate von vornherein als bloßes „schäbbares Material“, d. h. als Maculatur, preis und acceptirte dafür die Gegenvorschläge aus der Mitte einer Deputation, wie beim Steuerreformgesetz, wo nun schon der dritte Entwurf vom Ministerium vorgelegt und entweder wieder zurückgezogen oder verworfen ward: in der That kein Anzeichen besonderer legislatorischer Potenz. Oder endlich — wie in der vielberufenen, namentlich in der nicht sächsischen Presse lebhaft besprochenen Frage wegen Befragung der Stände in Sachen der Reichscompetenz — das Ministerium mußte sich herbeilassen, Erklärungen abzugeben, wie die Opposition sie verlangte, und dadurch seine eigene frühere Haltung zu desavouiren.

Habe ich Recht, wenn ich sagte, daß das gegenwärtige sächsische Ministerium keine Partei hat? Und warum hat es keine? Weil es kein festes System hat, bald eine liberalisirende, bald eine conservative Seite herauskehrt, oder auch beide zu gleicher Zeit, die eine in dem einen, die andere in dem anderen Ressort, die eine bei dieser, die andere bei jener Gesetzgebungs- oder Verwaltungsmaßregel.

So ist es in der inneren, so auch in der Reichspolitik des gegenwärtigen Ministeriums. Es hat weder den Muth, so recht entschieden national zu sein, denn es fürchtet sich vor den Vorwürfen der Particularisten in beiden Kammern und vor den Intriguen einer wenigstens bis vor Kurzem mächtigen Camarilla — noch aber auch den entgegengesetzten, denn vielleicht noch größere Angst empfindet es vor einem Conflict mit den Reichsgewalten, vor einer Anklage seiner Politik im Reichstage oder auch nur in der außersächsischen, besonders der preussischen nationalen Presse. So lavirt es hin und her, verspricht hier und beschwichtigt dort, läßt in Berlin sich willig finden und thut in Dresden wieder trotzig gegen Berlin. Die ganze Haltlosigkeit und zugleich die ganze Gefahr einer so schwankenden Politik verräth sich in dem Verfahren des Ministeriums bei der oben erwähnten Angelegenheit der Erstreckung der Reichscompetenz auf das Civilrecht. Das Ministerium wußte aus den vorjährigen Verhandlungen des Landtags sehr genau, daß die erste Kammer grundsätzlich einer solchen Erweiterung der Reichscompetenz entgegen war. Letztere hatte sich damals einstimmig, wenn ich nicht irre, oder doch mit großer Mehrheit dagegen erklärt. Nichtsdestoweniger scheint Minister Abeken in der bundesräthlichen Commission, wie wenigstens für sicher verlautet, die Zustimmung Sachsens zu jener Erweiterung in bestimmte Aussicht gestellt zu haben. Da ward ihm plötzlich wieder bange und er betrat den höchst gefährlichen Weg, die letzte Entscheidung in dieser Reichssache von einem Votum der Particular-Kammern abhängig zu machen. Wie nun aber, wenn die erste Kammer auf ihrem vorjährigen Standpunkte beharrte und ein nochmaliges Nein spräche? Was würde dann das Ministerium gethan haben.

Die I. Kammer sprach dieses Nein nicht, weil sie, wie Graf Hohenthal unverblümt aussprach, die Regierung nicht in Verlegenheit bringen wollte. Es war das sehr höflich, sehr liebenswürdig, sehr loyal von der I. Kammer; aber freilich dem Prinzip, auf das sie sonst sich gern so viel zu Gute thut, dem Prinzip ihrer „Unabhängigkeit“, gab sie damit einen Stoß, der es tief erschütterte, und die strengconservative Partei in der I. Kammer wird es schwerlich dem Ministerium Friesen-Abeken je vergessen, daß dieses sie zu einem solchen Opfer an ihrer selbständigen Ueberzeugung (nach des Grafen Hohenthal's eignem freimüthigen Geständniß) zwang. Hatte das Ministerium also aus Referenz gegen die particularistische Majorität der I. Kammer jenen Schritt gethan, so hatte es ihn sehr ungeschickt gethan, denn, nachdem es vorher bereits in Berlin sich engagirt, war weder sein Wille noch der Wille der I. Kammer mehr frei. War es ihm aber nur darum zu thun gewesen, den Grundsatz einer Befragung der Stände in ähnlichen Fällen und damit ein Präcedenz für die Zukunft aufzustellen, glaubte es dadurch auch jene particularistische Majorität mit der Nothwendigkeit des Nachgebens im vorliegenden

Einzelfälle zu versöhnen, so hätte es nur nicht — wie es erst schon bei den Verhandlungen in der I. Kammer, viel offenkundiger noch in der zweiten That, — von eben diesem Grundsatz sich kleinmüthig wieder lossagen und damit der Mehrheit der I. Kammer für ihre Nachgiebigkeit auch noch einen Schlag ins Gesicht versetzen dürfen. Aber hier verließ das Ministerium der Muth und die Consequenz der eignen Kühnheit; den Ministern wurde bange vor dem Empfange, den sie das nächste Mal in Berlin finden möchten, wenn sie ein solches sauberes Angebinde, wie die Anerkennung eines Veto jeder einzelnen Kammer in Reichsangelegenheiten mitbrächten, und so — zerstörten sie mit eignen Händen wieder den Bau des Particularismus, den sie eben erst selbst aufgeführt hatten!

Daß ein solcher Zustand der Dinge, eine solche Politik auf die Länge unhaltbar ist nach außen wie nach innen, versteht sich. Das Ministerium selbst scheint ein Gefühl davon zu haben; sein Auftreten beim letzten Landtage verrieth häufig eine merkwürdige Unsicherheit, ja ein gewisses kleinlautes Selbstverzagen — auch bei denjenigen Gliedern desselben, bei denen man sonst eher das Gegentheil zu finden gewöhnt war. Im Lande macht sich ein ähnliches Gefühl geltend. Die eignen sogenannten Anhänger des Ministeriums, die Conservativen, (denn, wenn diese es nicht sind, wer sonst sollte es sein?) klagen, daß sie an dem Ministerium keine Stütze hätten, daß ihre Partei darum desorganisirt, zerfallen, verschwunden sei, und fordern vom Ministerium, es solle durch eine festere und klarere Haltung — natürlich in streng conservativem Sinne — ihnen wieder zu neuem Leben verhelfen. Ist es nicht komisch, wenn die Conservativen vom Ministerium, dieses von den Conservativen gestützt zu sein verlangen, während Beide täglich mehr allen Halt in sich selbst verlieren?

Komisch in der That, aber freilich auch tragisch, denn unter dieser Haltlosigkeit leidet Land und Volk, jenes, indem es die ihm gebührende und unter anderen Verhältnissen gewiß ihm von allen Seiten neidlos eingeräumte hervorragende Stellung im Reiche mehr und mehr einbüßt. Dieses, indem es Schaden leidet an seiner politischen Bildung und Thatkraft; denn ein Volk ohne ein ausgeprägtes, gesundes Parteilieben, ist heutzutage ein unpolitisches, das heißt, ein hinter der Zeit zurückbleibendes Volk; ein ausgeprägtes, gesundes Parteilieben aber giebt es heutzutage nur da, wo die Regierung des Landes selbst der klare Ausdruck einer bestimmten Partei ist und die Führerschaft derselben in der Volksvertretung und in der Presse mit Entschiedenheit und ohne Hin- und Herschwanke übernimmt. Daß davon in Sachsen nicht die Rede ist, beweisen nur zu deutlich die obigen, wenigen Bzüge aus dessen neuester Geschichte.

K. F.